

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

**(neu)**

## **Umwelt- und Agrarausschuss**

18. WP - 25. Sitzung

am Mittwoch, 30. Oktober 2013 dem, 14 Uhr  
im Sitzungszimmer 383 des Landtags

**Anwesende Abgeordnete**

Hauke Göttisch (CDU)

Vorsitzender

Heiner Rickers (CDU)

Klaus Jensen (CDU)

Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

i. V. v. Dr. Gitta Trauernicht

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. v. Marlies Fritzen

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Angelika Beer (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

**Weitere Abgeordnete**

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Uli König (PIRATEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Situation des Kleingartenwesens in Schleswig-Holstein</b>	<b>6</b>
Bericht der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/696</a>	
<b>2. Anhörung</b>	<b>10</b>
<b>Verordnung zur Änderung der Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung - Endlich mehr Sicherheit für Verbraucher</b>	
Antrag der Fraktion der PIRATEN <a href="#">Drucksache 18/807</a> (neu)	
<b>Mehr Klarheit bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln mit tierischen Bestandteilen schaffen!</b>	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Drucksache 18/961</a> - selbstständig -	
<b>3. Tätigkeitsbericht 2013 des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein</b>	<b>11</b>
<a href="#">Drucksache 18/555</a>	
<b>4. Bei der Reform des EU-Saatgutrechts Vielfalt sichern!</b>	<b>12</b>
Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Drucksache 18/1146</a>	
<b>Reform des EU-Saatgutrechts - Marktabschottung verhindern, Vielfalt för- dern!</b>	
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN <a href="#">Drucksache 18/1194</a>	

- 5. a) Existenz der Ostseefischer erhalten** 14
- Antrag der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/603](#)
- Schweinswale schützen - Existenz der Fischer erhalten**
- Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 18/665](#) - selbstständig -  
(überwiesen am 21. März 2013)
- hierzu: Bericht der Landesregierung zum derzeitigen Stand
- b) Geplante Änderung der Küstenfischereiverordnung**
- Antrag der Abg. Angelika Beer  
[Umdruck 18/1833](#)
- 6. Geplante Änderung der Landesjagdverordnung** 16
- Antrag der Abg. Angelika Beer  
[Umdruck 18/1833](#)
- 7. Technologieförderung im Bereich der Energiespeicherung** 17
- Antrag der Abg. Angelika Beer  
[Umdruck 18/1833](#)
- 8. Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum (ELER und LEADER)** 18
- Antrag der Abg. Angelika Beer  
[Umdruck 18/1833](#)
- 9. Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse des Gutachtens zur Ansiedlung einer Bio-Informanta in Schleswig-Holstein** 19
- Antrag des Abg. Oliver Kumbartzky (FDP)  
[Umdruck 18/1790](#)

**10. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Vorbeugung und Abwehr der von Hunden ausgehenden Gefahren (Gefährhundegesetz - GefHG) vom 28. Januar 2005 (GVOBL.-SH 2005, S. 51)** 20

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/925](#)

**11. Verschiedenes** 21

Der Vorsitzende, Abg. Göttisch, eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Situation des Kleingartenwesens in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/696](#)

(überwiesen am 26. April 2013 zur abschließenden Beratung)

[Umdruck 18/1981](#)

Herr Schiller, Vorsitzender des Landesverbands der Kleingartenfreunde e.V., trägt die derzeitige Situation im Kleingartenwesen vor ([Umdruck 18/1981](#)).

Abg. Redmann erkundigt sich nach dem Stand, anlässlich der 200-Jahr-Feier des Kleingartenwesens in Kappeln eine Sonderbriefmarke herauszugeben. Herr Schiller legt dar, dies sei gescheitert.

Von Abg. Redmann auf das Thema Integration angesprochen, berichtet Herr Schiller über die in Lübeck eingerichteten Integrationsgärten. Derzeit seien in Lübeck vier Parzellen als „Bielefeld-Gärten“ ausgerichtet; eine Laube fehle noch. Es gebe viel Zuspruch zu diesem Projekt. Angesprochen würden ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, beispielweise Iraner, Griechen, Syrer, aber auch Kindergärten. Es gebe Flyer in verschiedenen Sprachen. Die Gärten würden gut angenommen. Es sei eine richtige Begegnungsstätte. In dem Kulturhaus fänden verschiedenste Veranstaltungen statt, beispielsweise Trommelgruppen, Pflanzaktionen, Malaktionen, Kerzengießen, gemeinsames Kochen. Man könne diese Gärten auch unter dem Begriff - so auf Nachfrage - Mehrgenerationengärten zusammenfassen. Der Kleingartenverein habe auch einen Vortrag zum Thema Interkulturelle Gärten entwickelt. Es gebe eine Veröffentlichung des Bundesverbandes über dieses Projekt, sodass dieses bundesweit bekannt sei.

Jeder Bürger, der Interesse habe - so auf Nachfrage der Abg. Eickhoff-Weber -, könne in die Gärten kommen und mitmachen.

Herr Kleinworth, Landesfachberater des Landesverbands der Kleingartenfreunde, ergänzt, dass im Zusammenhang mit der Integration auch die Integration von behinderten Menschen

zu verstehen sei. So gebe es beispielsweise auch Mustergärten oder Gärten mit Pflanzen, die besonders stark röchen und speziell auf blinde Menschen ausgerichtet seien.

Auf Frage des Abg. Rickers antwortet Herr Kleinworth, dass das Problem der Pachtpreise im Zusammenhang mit Flächenkonkurrenz nicht kleiner geworden sei, sondern im Gegenteil eher größer. Zu berücksichtigen sei allerdings, dass viele Gemeinden die Pachtpreise jahrelang nicht angehoben hätten. Nunmehr sei ein Zeitpunkt gekommen, in dem diese um 200 oder 300 % angehoben würden. Für Leute mit wenig Einkommen sei diese Erhöhung durchaus ein Problem.

Zum Thema ökologischer Gartenbau - ebenfalls von Abg. Rickers angesprochen - legt er dar, dass in den Kleingärten Herbizide satzungsgemäß nicht zum Einsatz kämen. Eingesetzt werden dürfe allerdings alles andere, was zugelassen sei und für Haus- und Kleingartenbedarf genutzt werden könne. Dieser Bedarf werde genau definiert. Bevor chemische Maßnahmen ergriffen würden, müssten zunächst alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

Zum Thema Leerstände schildert Herr Schiller, sie seien durchaus problematisch. So erhöhten sich die Pachtbeiträge der anderen Personen, da die Pachtgesamtsumme auf die verbleibenden Kleingärtner umgelegt werde. Die Zahlungsmoral sei insgesamt schlecht. In der Vergangenheit habe man sich bereits eines Inkassobüros bedienen müssen.

Eine Teilrückgabe des Geländes an die Kommune sei - so auf Nachfrage des Vorsitzenden - nicht möglich, da die Parzellen in der Regel verstreut lägen.

Auf Fragen der Abg. Eickhoff-Weber antwortet Herr Schiller, dass es keine Zuschüsse von Kommunen in Schleswig-Holstein gebe. In der Stadt Lübeck gebe es eine Verwaltungskostenpauschale, die auf Vereine verteilt werde. Die Parzellen in Lübeck, die für das interkulturelle Projekt genutzt würden, seien dem Kleingartenverein unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden.

Herr Kleinworth führt aus, gute Standorte im innerstädtischen Bereich seien für Industrie oder Wohnungsbau begehrt. Er geht auf das Thema Biodiversität und Artenvielfalt ein und berichtet, dass in Deutschland von den etwa 2.800 verschiedenen Pflanzenarten in Kleingärten mehr als 2.000 gezählt worden seien, während im Rahmen der Großproduktion nur etwa 500 Pflanzenarten vorkämen.

Für die Kleingartenentwicklung benennt er folgende Handlungsfelder: Wichtig sei eine frühzeitige Beteiligung an der Bauleitplanung. Wichtig sei auch das Thema Rückbau, das er am

Beispiel der Stadt Itzehoe festmacht. Nachdem dort die Bundeswehr abgezogen sei, habe sich auch die Zahl der Kleingärtner erheblich verringert. In Itzehoe habe man einen Weg der Abwicklung gefunden. Der Verein zahle keine Pacht; sobald der letzte Kleingärtner weg sei, werde das Gelände geräumt.

Der Vorsitzende problematisiert die Bereiche Nachwuchs und Finanzmittel.

Herr Kleinworth geht sodann auf ein Statement des Abg. Voß ein und legt dar, Kleingärtner hätten nie etwas anderes gemacht als urbanes Gärtnern. Es habe immer einen Hang zu Ökologie und Umwelt gegeben. Im Vergleich zu individuellen Gärtnern seien die Kleingärtner allerdings in einem Verein organisiert. Wichtig sei, dass die Kleingärten vielfältig seien und es ein gemeinsames Miteinander gebe.

Auch Abg. König geht auf die Bauleitplanung ein. Herr Schiller legt dar, dass die Kleingärtner in der Regel nicht beteiligt würden. Wichtig sei sicherlich, auch selbst aktiv zu werden und entsprechende Informationen einzuholen. Eine Zusammenarbeit hänge aber auch häufig von den handelnden Personen ab. Herr Kleinworth bestätigt dies. Er legt dar, dass im speziellen Fall Lübeck eine gute Zusammenarbeit funktioniere. In vielen anderen Städten sei es leider nicht so, dass es eine gute Kommunikation gebe. Beispielhaft nennt er die Kleingartenanlage Sturm in Schönkirchen und die dort geplante Ausweitung der Gewerbefläche, die vom dortigen Bürgermeister betrieben werde.

Abg. Redmann hält es für misslich, dass die Kleingartenausschüsse in den Kommunen abgeschafft worden seien, da viele insbesondere problematische Themen auf kommunaler Ebene erörtert werden müssten. Sie erkundigt sich nach möglichen Handlungsfeldern auf Landesebene. Herr Schiller antwortet, er halte die Wiedereinrichtung eines Kleingartenausschusses für sinnvoll.

Abg. Eickhoff-Weber legt dar, sie habe den Eindruck, dass der Kleingartenverband auf sich ändernde gesellschaftliche Verhältnisse reagiere. Sie freut sich darüber, dass sich die Kleingartenidee auch im Sinne von Stadtentwicklung modern aufstelle.

Herr Kleinworth berichtet, dass der Deutsche Städtetag und die Amtsleiterkonferenz gemeinsam mit dem Bundesverband Deutscher Gartenfreunde Leitlinien herausgebracht habe. Diese stellt er dem Ausschuss zur Verfügung. Er hält es für wichtig, nicht nur mit der Politik auf Landesebene, sondern auch mit dem Städtetag Kontakt herzustellen und zu pflegen. Wichtig seien auch Weiterbildungen für insbesondere neue Ehrenamtler. Beispielhaft nennt er die Themen Internetauftritt, Öffentlichkeitsarbeit und gute Vernetzung vor Ort. Er hoffe, durch



entsprechendes Weiterbildungsangebot das Ehrenamt zu stärken. Herr Carstens, stellvertretender Vorsitzender des Landesverbands der Kleingartenfreunde, betont die Wichtigkeit, diesen Aspekt in die einzelnen Vereine hineinzubringen.

Herr Kleinworth berichtet, dass der Landesverband der Kleingartenfreunde sich an der Landesgartenschau in Eutin im Jahre 2016 beteiligen werde, und äußert die Hoffnung, dass die Tradition der Durchführung von Landesgartenschauen fortgesetzt werde.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung [Drucksache 18/696](#) abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Anhörung**

#### **Verordnung zur Änderung der Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung - Endlich mehr Sicherheit für Verbraucher**

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/807](#) (neu)

#### **Mehr Klarheit bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln mit tierischen Bestandteilen schaffen!**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/961](#) - selbstständig -

(überwiesen am 21. Juni 2013)

Frau Köster, Referentin für Lebensmittel und Ernährung der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein, gibt die aus [Umdruck 18/1867](#) ersichtliche Stellungnahme ab. Abg. Redmann stellt fest, Einvernehmen bestehe darin, dass eine Kennzeichnung notwendig sei.

Der Ausschuss diskutiert im Folgenden über Kennzeichnungsmöglichkeiten, die Qualität der Kennzeichnung, den möglichen Mehrwert für Verbraucherinnen und Verbraucher, die Deutlichkeit der Kennzeichnung und hält eine möglichst europäisch vergleichbare Kennzeichnung und verständliche Kennzeichnung für wichtig. Einvernehmen besteht allerdings auch darin, dass es möglich sein solle, auf nationaler Ebene höhere Standards einzuführen.

Ein weiteres Diskussionsthema ist die Kennzeichnung von veganen und vegetarischen Nahrungsmitteln. Auch hier hält der Ausschuss Transparenz für notwendig.

Sodann gibt es eine kurze Diskussion über eine Änderung des Antrags der Regierungskoalition, um möglichst eine einvernehmliche Beschlussempfehlung an den Landtag abzugeben. Der Ausschuss verständigt sich darauf, darüber in einer Sitzung am 6. November 2013 zu befinden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Tätigkeitsbericht 2013 des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein**

[Drucksache 18/555](#)

(überwiesen am 31. Mai 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

hierzu: [Umdrucke 18/1367](#), [18/1469](#)

Abg. Redmann spricht die Themen Verbrauchinteresse und Betriebsgeheimnisse an. Herr Dr. Weichert, Leiter des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz, legt dar, diese Themen würden auf unterschiedlichste Art und Weise angegangen. Derzeit werde intensiv über Whistle-Blowing-Systeme diskutiert. Das ULD habe derzeit ein System auf Datenschutzkonformität geprüft. Intensiv geprüft werden müsse, was ein Betroffener mitteilen möchte, welche Relevanz das habe und welche Vorgehensweise es gebe. Generell gelte, dass Informationen nur zweckbezogen verwendet werden dürften. Es gelte das Prinzip der Datensparsamkeit.

Auf Frage des Abg. König legt Herr Dr. Weichert die gesetzlichen Vorschriften hinsichtlich einer Information von betroffenen Personen bei der unberechtigten Weitergabe ihrer Daten dar.

Der Ausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht 2013 des ULD abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bei der Reform des EU-Saatgutrechts Vielfalt sichern!**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1146](#)

**Reform des EU-Saatgutrechts - Marktabschottung verhindern, Vielfalt fördern!**

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/1194](#)

(überwiesen am 27. September 2013)

Abg. Voß führt kurz in den Antrag der Regierungskoalition ein und erklärt die Bereitschaft, dem Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN zuzustimmen.

Auf Nachfragen des Abg. Rickers zu den Nummern 2 und 7 des Antrags der Regierungskoalition verweist Abg. Voß zunächst bezüglich Nummer 7 des Antrags der Regierungskoalition auf die bestehende Gesetzeslage hinsichtlich der Nulltoleranz. Zu Nummer 2 legt er dar, wichtig sei, dass keine extremen staatlichen Kontrollen mehr durchgeführt werden sollten. Abg. Matthiessen stellt klar, dass die Vermarktung alter Sorten nach Auslaufen der Lizenzen möglich sein solle. Abg. Rickers gibt zu bedenken, dass der Inhalt von Nummer 2 des Antrags der Regierungskoalition bereits in der entsprechenden Novellierung auf Bundesebene vorgesehen sei. Abg. Voß verweist auf die Regelungskompetenz auf EU-Ebene und macht deutlich, die Aufnahme dieses Punktes diene der Klarstellung.

Auf eine Frage des Abg. Rickers zu Nummer 2 des Änderungsantrags der Piratenfraktion legt Abg. Beer dar, Verbraucher sollten die Möglichkeit haben, Produkte, die sie gern hätten, auch nach Auslaufen der Lizenz zu erhalten, gegebenenfalls im Nachbau.

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, berichtet, der Agrarausschuss des Bundesrats habe die hier besprochenen Punkte im Rahmen von Mehrheitsempfehlungen aufgenommen.

Abg. Kumbartzky meint, beide Anträge gingen in die richtige Richtung. Allerdings sei seine Fraktion beim Thema GVO anderer Auffassung. Er halte eine Nulltoleranzgrenze nicht für einhaltbar. Abg. Voß verweist erneut auf die geltende Gesetzeslage. Abg. Rickers verweist auf Regelungen in anderen Ländern.

Der Ausschuss fasst jeweils mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PI-RATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP folgende Beschlüsse:

Der Änderungsantrag [Drucksache 18/1194](#) wird angenommen.

Der Antrag der Regierungskoalition [Drucksache 18/1146](#) wird in der durch [Drucksache 18/1194](#) geänderten Fassung angenommen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**a) Existenz der Ostseefischer erhalten**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/603](#)

**Schweinswale schützen - Existenz der Fischer erhalten**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/665](#) - selbstständig -

(überwiesen am 21. März 2013)

hierzu: Bericht der Landesregierung zum derzeitigen Stand

**b) Geplante Änderung der Küstenfischereiverordnung**

Antrag der Abg. Angelika Beer

[Umdruck 18/1833](#)

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, legt dar, er habe sich entschlossen, den in Gang gesetzten Prozess des Erlasses einer Küstenfischereiverordnung nicht weiterzuverfolgen. In vertraulichen Gesprächen mit den Fischern sei angedeutet worden, dass diese eigene Maßnahmen zum Schutz von Taucherenten und Schweinswalen ergreifen wollten. Er sei zuversichtlich, dass es bis Ende dieses Jahres einen entsprechenden substantiellen Beitrag gebe. Sobald es belastbare Angebote gebe, werde er die Fraktionen entsprechend informieren.

Abg. Jensen anerkennt die Entscheidung des Ministers mit dem Ziel, mit den betroffenen Verbänden zu einer gemeinsam getragenen Lösung zu kommen.

Abg. Beer erkundigt sich nach dem Stand der Umsetzung des Schweinswalschutzkonzepts des amtierenden Bundesumweltministers Altmaier. Minister Dr. Habeck legt dar, dass es sich dabei um ein anspruchsvolles Unterfangen widerstreitender Interessen handle. Inzwischen gebe es eine Verständigung auf eine Dezibelzahl beispielsweise bei Windparks. Ungeklärt sei, was bei kumulativen Wirkungen geschehe. Insgesamt gebe es derzeit keinen neuen Sachstand.

Auf den Vorschlag der Abg. Beer und Redmann, den Ursprungsantrag zurückzuziehen, legt Herr Jensen dar, dass der Antrag der CDU-Fraktion gewisse Erwartungen formuliere. Derzeit lägen noch keine abschließenden Ergebnisse vor. Er schlage vor, sich zu gegebener Zeit erneut durch das Ministerium berichten zu lassen. - Der Ausschuss schließt sich diesem Vorschlag an.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Geplante Änderung der Landesjagdverordnung**

Antrag der Abg. Angelika Beer

[Umdruck 18/1833](#)

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, legt dar, dass im April 2013 ein Entwurf der Landesjagdverordnung zur Stellungnahme versandt worden sei. Dazu seien 499 Stellungnahmen eingegangen. Diese würden derzeit ausgewertet. Der Verordnungsentwurf werde sicherlich überarbeitet werden.

Auf Wunsch des Ausschusses sagt er zu, ihm den versandten Entwurf sowie nach Fertigstellung auch die Auswertung zur Verfügung zu stellen.

Auf Nachfragen der Abg. Beer erinnert Minister Dr. Habeck daran, dass die Diskussion um die bleifreie Munition zeitlich nach der Versendung des Entwurfs der Landesjagdverordnung stattgefunden habe. Die Landesjagdverordnung sei mitnichten gegen die Jägerschaft gerichtet und habe zwei Hauptbegründungen. Erstens sollten die Schonzeiten für das Rebhuhn überprüft werden. Zweitens sei der Entwurf von der Philosophie geleitet, den Jagdruck nicht auf das ganze Jahr zu verteilen, sondern dem Waldleben größere Schonzeiten zuzugestehen.

Herr Böhling, Leiter des Referats Oberste Forst- und Jagdbehörde im MELUR, weist darauf hin, dass in den Referentenentwurf, um ihn lesbarer zu gestalten, auch bundesrechtliche Regelungen aufgenommen worden seien. Eine Doppelregelung sei allerdings nicht möglich. Deshalb werde die endgültige Verordnung Arten nicht enthalten, für die es in der Bundesverordnung entsprechende Regelungen gebe.



Punkt 7 der Tagesordnung:

**Technologieförderung im Bereich der Energiespeicherung**

Antrag der Abg. Angelika Beer

[Umdruck 18/1833](#)

hierzu: [Umdruck 18/2056](#)

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, gibt den aus [Umdruck 18/2056](#) ersichtlichen Bericht ab.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum (ELER und LEADER)**

Antrag der Abg. Angelika Beer

[Umdruck 18/1833](#)

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume legt dar, derzeit stehe noch nicht fest, in welcher Höhe Mittel der EU für die Förderperiode 2014 bis 2020 zur Verfügung stünden. Ungeklärt sei ferner die nationale Mittelverteilung. Derzeit sei mit Mitteln von rund 270 Millionen € zu rechnen. Er gehe allerdings davon aus, dass es im Rahmen von Verhandlungen möglich sein werde, den bisherigen Förderbetrag in Höhe von rund 300 Millionen € zu halten. Die Entscheidung über die nationale Mittelverteilung werde am 4. November auf einer Sonderministerkonferenz getroffen.

Politisch stark diskutiert werde derzeit eine Umschichtung von Mitteln aus der ersten in die zweite Säule. Das sei bis zu einer Höhe von 15 % möglich. Diese Umverteilung solle auf die Länder umgelegt werden. Auch die B-Länder begännen, darüber nachzudenken, eine derartige Umschichtung vorzunehmen.

Projekte sollten insbesondere in den folgenden Bereichen gefördert werden: Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Land- und Forstwirtschaft, Verbesserung des Umwelt- und Tierschutzes in der Landwirtschaft sowie Steigerung der Lebensqualität und Entwicklung der ländlichen Wirtschaft.

Da der administrative Aufwand steige, je kleiner die Projekte würden, bemühe man sich, Cluster zu bilden.

Minister Dr. Habeck verneint die Frage des Abg. Jensen, ob die Landesregierung eine andere Struktur bezüglich der AktivRegionen plane. Er weist darauf hin, dass die Struktur einen Bottom-up-Prozess impliziere. Er weise allerdings immer wieder darauf hin, dass 21 Einzelmaßnahmegruppen noch keine Gesamtstrategie für den ländlichen Raum darstellten.

Auf die Frage der Abg. Beer nach dem Ergebnis der Agrarministerkonferenz verweist Minister Dr. Habeck auf die Verbreitung der Ergebnisse insbesondere über die Medien. Sollte dies nicht geschehen, erklärt er sich bereit, dem Ausschuss die entsprechende Information aufbereitet zukommen zu lassen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse des Gutachtens zur Ansiedlung einer Bio-Informenta in Schleswig-Holstein**

Antrag des Abg. Oliver Kumbartzky (FDP)

[Umdruck 18/1790](#)

hierzu [Umdruck 18/1973](#)

Herr Fischer, Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Wissenschaft, gibt den aus [Umdruck 18/1973](#) ersichtlichen Bericht ab.

Auf Nachfragen des Vorsitzenden legt Herr Fischer dar, dass es durchaus Interesse an bestimmten Exponaten des ZMTW aus Nieklitz gebe. Ein Erwerb müsse über den Insolvenzverwalter erfolgen. Bisher seien diesbezüglich noch keine Aktivitäten entwickelt worden.

Auf eine Frage des Abg. Kumbartzky nach Zur-Verfügung-Stellung des Gutachtens sagt Staatssekretär Fischer zu, dies zu prüfen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Vorbeugung und Abwehr der von Hunden ausgehenden Gefahren (Gefährhundegesetz - GefHG) vom 28. Januar 2005 (GVOBl.-SH 2005, S. 51)**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/925](#)

hierzu: [Umdrucke 18/1687, 18/1696, 18/1745, 18/1755, 18/1769, 18/1770, 18/1771, 18/1786, 18/1788, 18/1791, 18/1795, 18/1808, 18/1811, 18/1812, 18/1818](#)

Der Ausschuss verständigt sich darauf, in seiner Dezember-Sitzung eine öffentliche Anhörung durchzuführen. Die Sprecher der Fraktionen werden gebeten, sich bis zum 1. November 2013 auf eine kleine Liste von Anzuhörenden zu verständigen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

#### **a) Dauergrünlandumbruch**

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, legt dar, die neuesten Zahlen belegten, dass Schleswig-Holstein unter die Fünfprozentgrenze gefallen sei; in Schleswig-Holstein seien nur 4,85 % der Landesfläche Grünland.

#### **b) Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Netzverstärkung**

Abg. Redmann erkundigt sich nach einer Auflistung von beschlossenen 380-, 220- und 110-kV-Leitungen, die öffentlich zugänglich seien. Herr Minister Dr. Habeck legt dar, dass die beschlossenen Leitungen im Netzentwicklungsplan der Bundesregierung veröffentlicht seien. Die politisch umstrittenen Projekte seien in der Regel noch nicht beschlossen. Er sagt zu, dem Ausschuss eine entsprechende Auflistung zukommen zu lassen.

#### **c) Moorausstellung**

Der Ausschuss kommt überein, eine Ausstellung LLUR zum Thema Moore zu unterstützen und als Mitaussteller aufzutreten.

Der Vorsitzende, Abg. Götttsch, schließt die Sitzung um 16:55 Uhr.

gez. Hauke Götttsch  
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin